

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 074/2007 (DDI)

Interpellation Christine Bigolin (SP, Aetigkofen): Medizinische Grundversorgung durch die Hausärzte (16.05.2007)

Immer weniger Mediziner und Medizinerinnen sind bereit nach der Ausbildung als Hausarzt oder Hausärztin zu arbeiten. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass es wenig bis keine Praxisassistentenstellen gibt, die den Einstieg in die Hausarztmedizin fördern. Unsere medizinische Grundversorgung hängt wesentlich davon ab, dass es genügend gut ausgebildete und kompetente Hausärzte und Hausärztinnen gibt. Bis heute hat der Kanton nichts dazu beigetragen, damit sich Mediziner und Medizinerinnen in einer Hausarztpraxis weiterbilden können.

Der ambulante Notfalldienst, den im Wesentlichen die Hausärzte und Hausärztinnen sicherstellen, wird für diese zu einer immer grösseren Belastung. Der Rückgang der Hausärzte und Hausärztinnen erhöht den Druck auf die verbleibenden Ärzte und Ärztinnen enorm. Die damit verbundenen Arbeits- und Präsenzzeiten sind verhältnismässig schlecht entschädigt. Eine Neuorganisation des Notfalldienstes könnte Abhilfe schaffen und zumindest die zeitliche Belastung verbessern. Die Vielfalt der Notrufnummern ist verwirrend und aufzuheben.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Forderung nach Praxisassistentenstellen für Hausärzte und Hausärztinnen zu unterstützen?
2. Wenn ja, ab wann und wo sollen im Kanton Solothurn wie viele Stellen geschaffen werden?
3. Wenn ja, wie beteiligt sich der Kanton an den entstehenden Kosten?
4. Wie würden die Hausärzte, respektive die Vereinigung der Hausärzte, in die Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle, sowie die Finanzierung der Weiterbildung für Hausärzte und Hausärztinnen miteinbezogen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, neue und alternative Formen des Notfalldienstes, gemeinsam mit allen Beteiligten, zu erarbeiten?
6. Hat der Regierungsrat schon alternative Modelle geprüft und Abklärungen vorgenommen?
7. Ist es dem Regierungsrat möglich, wenn ja, ist er bereit, sich für eine schweizweit gültige Notrufnummer einzusetzen?
8. Wenn ja, besteht schon ein Konzept dazu und in welchem zeitlichen Rahmen würde dies geschehen?

Begründung (16.05.2007): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christine Bigolin Ziörjen, 2. Jean-Pierre Summ, 3. Markus Schneider, Ruedi Heutschi, Andreas Ruf, Trudy Küttel Zimmerli, Ulrich Bucher, Fatma Tekol, Marianne Kläy, Hans-Jörg Staub, Evelyn Borer, Clemens Ackermann, Susanne Schaffner, Heinz Glauser, Walter Schürch, Urs Wirth, Philipp Hadorn, Thomas Woodtli, Brigit Wyss, Stephanie Affolter, Urs von Lerber, Manfred Baumann, Niklaus Wepfer. (23)

